

drängen? Soll die Ausprägung unserer Geistesart in unsrer Schrift nichts gelten? Sie wendet sich doch an den mächtigsten Sinn des Menschen, an das Auge, und ist unlöslich verankert im Herzen unseres Volkes. Von wie unmittelbarer Bedeutung für die Erhaltung unsres Volkstums das ist, zeigt die Geschichte der deutschen Gemeinde Neudorf am Bug in Polen. Als unsre Feldgrauen dorthin kamen, fanden sie ein deutsches Dorf mit deutscher Schule. Diese deutsche Bauernsiedlung war aber bereits einmal völlig verpölet gewesen, und kein deutsches Wort erklang in ihr mehr. Da wagte es ihr gleichfalls verwelkter Pfarrer — der verwelkter, gebildete Deutsche ist ja wie ein losgelassener Teufel gegen die deutsche Seele, man denke nur an die Untaten des polnischen Generalsuperintendenten Bursche in Warschau, der gegenüber den deutschen evangelischen Gemeinden in Polen weder Lüge noch Raub und Rechtsbruch gescheut hat —, so wagte auch der verpöelte Neudorfer Pfarrer, der Gemeinde ihr polnisches evangelisches Gesangbuch in deutscher Schrift zu nehmen und es durch ein in Lateinschrift gedrucktes zu ersetzen, und nun brach der Sturm los; dies sei das letzte Kleinod, das sie noch an ihre alte Heimat erinnere, das ließen sie sich nicht nehmen, erklärten die alten Bauern. Der erwachte Stolz wirkte weiter, die jungen Burschen holten sich ihre Bräute aus einer andern deutschen Bauernsiedlung, die ihr Deutschtum bewahrt hatte, und der Erfolg war das Wiedereindringen und bald die Herrschaft der deutschen Sprache mit deutscher Schule, wie es unsere Feldgrauen in dieser Gemeinde vorfanden.

Bibel und Gesangbuch, das Gemeindeblatt, der Kalender und die tägliche Zeitung in deutscher Schrift sind die Brücken zur Heimat, die Fahnen des bewußten Deutschtums der sich nur gar zu leicht an fremdes Volkstum Verlierenden in den sie umbrandenden Bogen des Weltstums. Und sie sehen mit Herzklopfen auf uns, ob auch nicht wir im Reiche dieser Fahne untreu werden. Das haben die zahlreichen Einsprüche deutscher Verbände aus den Grenzgebieten, darunter, entgegen der damaligen Behauptung des Herrn Dr. Strefemann, auch des »Deutsch-österreichischen Lehrerbundes« mit 20 000 Mitgliedern gezeigt, als 1911 die Petitionskommission den Antrag beim Reichstag stellte, die Eingabe des Lateinschriftvereins zur Abschaffung der deutschen Schrift zunächst in den vier ersten Schuljahren dem Reichskanzler zur Berücksichtigung zu überweisen. In den Grenzgebieten empfand man jenen Antrag mit Recht als Dolchstoß in den Rücken. Der Antrag der Petitionskommission des Reichstags war gar zu plump und ist damals im Reichstag mit erdrückender Mehrheit abgelehnt worden. Aber die gleichen Kräfte sind auf allen möglichen Umwegen und unter längst widerlegten Behauptungen immer wieder am Werke, ihr Ziel zu verfolgen, gerade wie unsere Feinde, die genau wissen, was das Einheitsband der deutschen Schrift für das Deutschtum überall bedeutet. Warum sonst wohl hätten die Italiener in Südtirol und die Polen in den deutschen Schulen Posens die deutsche Schrift verboten und die Tschechen sie verfolgt und Lateinschrift für die deutschen Ortsnamen vorgeschrieben? Auf die von deutschen Gemeinden Böhmens erhobene Beschwerde hin berief sich der Regierungsvertreter darauf, daß innerhalb des deutschen Volkes Meinungsverschiedenheit über die Schriftfrage herrsche und deshalb eine Entscheidung hätte getroffen werden müssen, die nur der wärmsten Fürsorge für die deutsche Bevölkerung entsprungen sei! So wirkt sich unsere Zwiespältigkeit zur Zermürbung unserer entrechteten Volksgenossen aus. Müßen wir uns erst von Ausländern über den tiefen Zusammenhang deutscher Sprache und Schrift belehren lassen? Der »Corriere della Sera« schrieb im Kriege: »Die deutschen Buchstaben sind gewissermaßen Bestandteile der deutschen Sprache. Darum Abschaffung dieses Wahrzeichens deutschen Übermutes«. Und der französische Advokat Rivet schrieb 1911 in der Pariser Zeitung ganz offen, wir sollten unsere Schrift preisgeben in Erwartung des Tages, an welchem wir auch unsere Sprache auf dem Altar der Einheitsprache opfern würden. Ähnliche Zeugnisse ließen sich zur Beschämung deutscher Instinktslosigkeit genug anführen. Die tief innerliche Verbindung von deutscher Sprache und Schrift und den politischen Wert dieses Palladiums unsrer Volksgemeinschaft für den Neubau unseres Staates dürfen wir nicht verkennen.

Bismarcks Ablehnung von Büchern in Lateindruck entsprang nicht, wie man wohl behauptet hat, nur autokratischen Neigungen, sondern scharfer Beobachtung. Eine Niederschrift Poschingers vom 26. November 1891, erstmalig von Robert Voigtländer im Börsenblatt für den Deutschen Buchhandel vom 9. Januar 1918 mitgeteilt, zeigt das. Poschinger berichtet darin, als er Bismarck entschuldigend gesagt habe, er hätte sich, um seine Bismarck-Regesten überhaupt zum Druck zu bringen, der Bedingung lateinischen Druckes, die wegen des Absatzes ins Ausland gestellt sei, fügen müssen, da sei ihm der Fürst ins Wort gefallen: »Ja, der deutsche Verleger ist in einem wunderbaren Irrtum begriffen. Ein Ausländer, der Deutsch gelernt hat, kennt auch die deutschen Typen, ja es geschieht ihm gar kein Gefallen damit, wenn er ein deutsches Buch in lateinischem Druck vor sich sieht; der Engländer und Franzose wird dann stets versucht sein, die deutschen Worte, die im Gewande seiner eigenen Sprache vor ihn treten, englisch oder französisch auszusprechen, und wird dann mit Ärger empfinden, daß er deutsche Worte vor sich hat. Schrift und Sprache stehen in Wechselwirkung miteinander. Und mir geht es nicht anders. Ich wäre nicht imstande, eine englische oder französische Depesche in deutschen Buchstaben zu lesen, es würde mir in jedem Falle sehr schwierig werden«. — Wenn es hart auf hart ging, redete und schrieb Bismarck Fraktur und sorgte auch dafür, daß seine diplomatischen Notizen in deutscher Schrift abgingen. — Als man ihm die ersten Bände der »Veröffentlichungen aus den Königlich Preussischen Staatsarchiven« in Lateinschrift gedruckt vorlegte, war er nur schwer von dem Verlangen des Neudrucks in deutscher Schrift, in der die Fortsetzung noch heute erscheint, abzubringen. Er verfügte dann aber, daß fortan jeder Benutzer der Archive einen Verpflichtungsschein des Inhalts zu unterschreiben habe, daß er alle aus dieser Benutzung hervorgehenden Veröffentlichungen in deutscher Schrift drucken lassen werde. Bismarck stellte eben die politische Bedeutung des innigen Zusammenhanges von deutscher Sprache und Schrift in seine Rechnung ein und zog daraus alle Folgen auch im täglichen Leben. Werden wir darin wieder von ihm lernen?

Verhandlungen zwischen Gema und GDT. (Genossenschaft zur Verwertung musikalischer Ausführungsrechte und Genossenschaft Deutscher Tonseher).

Von S. Rauh.

Irrföhrrende Zeitungsartikel (vgl. Bbl. Nr. 17 und 19) von mangelhaft unterrichteten Personen machen es nötig, einige Mitteilungen über die zwischen Gema und GDT. gegenwärtig schwebenden Verhandlungen zu veröffentlichen, damit nicht eine Beunruhigung in den interessierten Kreisen, speziell des deutschen Musikverlages, genährt wird, zu der eine Veranlassung nicht vorliegt.

Was ist geschehen?

Die Gema ist durch Anregungen aus dem Vorstande der GDT. veranlaßt worden, Mitglieder ihres Vorstandes und des Aufsichtsrats zu einer Besprechung mit einigen Mitgliedern der GDT. auf Beschluß des Aufsichtsrats der Gema zu delegieren. In diesen Verhandlungen sind Grundsätze besprochen worden, die den Teilnehmern geeignet erschienen, die von allen ersehnte Verständigung zwischen den beiden Gesellschaften herbeizuföhren. Diese Grundsätze sind durch Herrn Professor Osterrieth dem Beirat und der Ordentlichen Generalversammlung der Genossenschaft Deutscher Tonseher am Sonnabend, dem 16. Januar, und Sonntag, dem 17. Januar, leztlich zur Beschlußfassung vorgelegt und mit einigen Abänderungen fast einstimmig angenommen worden.

Über den Inhalt dieser »Grundsätze« nähere Mitteilungen zu machen, erscheint nicht zweckmäßig, weil diese der Beschlußfassung auf Seiten der Gema noch nicht unterbreitet worden sind und selbstverständlich in allen Einzelheiten erst von Kommissionen geprüft werden müssen, bevor sie von der Generalversammlung der Gema geprüft bzw. angenommen werden können. Es ist daher sehr bedauerlich, daß von der Gegenseite — übrigens offenbar von unbefugten und schlecht informierten Personen — Äußerungen veröffentlicht worden sind, die dem Tatbestande nicht entsprechen.

Insbefondere enthält ein Artikel in der »Vossischen Zeitung«, der auch in eine Reihe von anderen Zeitungen, teilweise ohne Quellenangabe, übergegangen ist, eine Anzahl von Unrichtigkeiten, die geeignet sind, den Fortgang des Einigungswerkes zu stören, und daher hier richtiggestellt werden müssen.